

**24.04.1934** – vor 80 Jahren wurde der nazistische „Volksgerichtshof“ als Terrorinstrument gegen Antifaschisten errichtet

**April 1964** – vor 50 Jahren war unser Genosse Siegfried Kiel in Helmstedt verhaftet. Näheres dazu im Innenteil dieses Linken Blattes

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

08. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

29. April 2014

## Perspektiven für eine ehemalige Chemiewerkerstadt

**Die Fraktion DIE LINKE lud zu einer öffentlichen Sitzung nach Halle-Neustadt ein**

Halle-Neustadt hat eine Perspektive – das meinen nicht nur unsere beiden Abgeordneten vor Ort Hendrik Lange und Uwe-Volkmar Köck. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist es eine Herausforderung, die ehemalige Chemiewerkerstadt, die in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen feiert, als attraktiven und lebenswerten Stadtteil Halles zu erhalten und weiter zu gestalten. Der Frage nach der Zukunft Halle-Neustadts ging die Fraktion DIE LINKE im Rahmen einer öffentlichen Fraktionssitzung im Mehrgenerationenhaus „Pustebblume“ nach – mit zahlreichen Gästen und überaus interessanter Fachexpertise.

Das Mehrgenerationenhaus „Pustebblume“ leistet einen wichtigen Beitrag für ein lebenswertes Halle-Neustadt. Es war ein freundlicher Empfang, den die Quartiersmanagerin des Stadtteils Jana Kirsch und das Team der Einrichtung unserer Fraktion bereiteten – verbunden mit der Vorstellung des Hauses und der dort geleisteten Arbeit. Dass die künftige Entwicklung



des Stadtteils nicht von seiner Vergangenheit zu trennen ist, wurde im weiteren Verlauf der Veranstaltung deutlich. Mit Plattenbauten, die seinerzeit moderne Standards boten, und einer vor allem auf junge Menschen und Familien ausgerichteten Infrastruktur, war Halle-Neustadt einst eine lebendige Stadt. Nach der Wende kam der Bruch, der sich vor allem in der massenhaften Abwanderung junger Menschen und einer Verarmung des inzwischen an Halle angegliederten Stadtteils bemerkbar machte.



„50 Jahre Streitfall Halle-Neustadt“, so der Titel eines Buches, das unser Abgeordneter Uwe Köck im Rahmen eines historischen Abrisses zu Halle-Neustadt vorstellte. Künftige Perspektiven des Stadtteils stellen hingegen die Stadtplanerin für den Westen Halles, Kerstin Hoffmann, und Daniel Förste vom Leibniz-Institut mit seiner Studie „Zur sozialräumlichen Feindifferenzierung der Stadt Halle“ vor.

Fortsetzung auf Seite -2-

## Perspektiven für eine ...

Fortsetzung von Seite -1-

Einen Erfahrungsbericht, wie man in anderen Städten mit in der DDR entstandenen Neubaugebieten umgeht, steuerte zudem der Beigeordnete für Wirtschaft, Bauen und Ordnung aus Schwerin, Dr. Wolfram Friedersdorff, bei. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass die positive Entwicklung Halle-Neustadts sicherlich von vielen Faktoren abhängt. Neben einer klugen Stadtplanung wird etwa die Ent-

wicklung einer vielfältigen Alltags- und Soziokultur eine wichtige Rolle spielen.

Im Anschluss an die öffentliche Fraktionssitzung im Mehrgenerationenhaus „Pustebume“ schwärmten unsere Abgeordneten und Mitarbeiter zu Arbeitsbesuchen in Unternehmen und Institutionen Halle-Neustadts aus. Unter anderem in das Polizeirevier Halle-Neustadt, in das Stadtteilmuseum, in die Grundschule Kastanienallee und zur Coca-Cola-AG im Gewerbegebiet des Stadtteils.

## Osterspaziergang des Ortverbandes Süd

Der Ortsverband „Clara Zetkin“ im halleschen Süden gestaltete vor Ostern drei Info-Stände unter dem Motto „Legen Sie Ihre Wünsche den Stadträten ins Nest“.

Von 60 Personen wurden 65 Wünsche auf unsere Pappblätter geschrieben. An erster Stelle stehen mit 20% Wünsche und Hinweise zum ÖPNV. Neben dem Erhalt der Straßenbahnlinien bis in die Südstadt wünschen sich etliche Bürgerinnen und Bürger auch ein Sozialticket. Radwege und gepflegtes öffentliches Grün folgen auf der Wunschliste. Eine saubere Stadt, Sportmöglichkeiten und gute Kinderspielplätze sind weitere Wünsche. Z. B. besteht der Wunsch, die Auenschule und die Frauenhalle im Stadtbad bald zu sanieren. Nicht zuletzt sind bürgernahe Entscheidungen und weniger Parteiengerangel im Stadtrat erwünscht.

In einem Jahr wollen wir an den gleichen Stellen unsere Stände durchführen und Rechenschaft ablegen, was wir als LINKE im Stadtrat voranbringen konnten. Denn auch uns machte diese Form der Öffentlichkeitsarbeit viel Spaß.



### Zum Bundesparteitag in Berlin BO-Versammlung Silberhöhe

14. Mai, 18 Uhr,

Ort: Kinderschutzbund (Blauer Elefant)  
Anhalter Platz 1, Halle (Saale)  
(Haltestelle Straßenbahn: Anhalter Platz)  
Gast: Dr. Achim Bittrich

### Willkommenskultur?!

Vortrag und Diskussion mit  
Koray Yilmaz-Günay (RLS, Berlin)

am Donnerstag, dem 20. Mai 2014, 18  
Uhr, im Kulturtreff Halle-Neustadt,  
Am Stadion 6

Häufig stellt sich vor Ort die Frage, wie eine Nachbarschaft oder die eingewessene Bevölkerung eines Ortes auf <<Einwanderung>> reagiert. Gerade, wo es um die Unterbringung von Asylsuchenden und Geduldeten geht, entsteht häufig Verunsicherung und engagierte linke Menschen sehen sich oft mit von Rechts kanalisiertem <<Bürger-Willen>> konfrontiert. Das Überraschungsmoment und die oft wahrnehmbare Starre, die sich bei Linken einstellen, sind verhinderbar. Der Begriff der <<Willkommenskultur>> etabliert sich zunehmend für ein gemeinsames Leben mit Schutzsuchenden, aber auch anderen Menschen, die, auf der Suche nach einem besseren Leben für sich und ihre Familien, sich auf den Weg in eine ungewisse Zukunft machen.

Koray Yilmaz-Günay ist Referent für Migration in der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gemeinsam mit Freya-Maria Klinger, MdL Sachsen, hat er gerade das Buch <<Realität Einwanderung. Kommunale Möglichkeiten der Teilhabe, gegen Diskriminierung (Crashkurs Kommune 9)>> herausgegeben.

1. MAI 2014

DGB

# GUTE ARBEIT. SOZIALES EUROPA.



WWW.DGB.DE

## KUNDGEBUNG UND FAMILIENFEST

10:00 – 15:00 UHR - MARKTPLATZ HALLE

10:00 UHR - BEGRÜßUNG - GRUßWORT - MAIREDE

JOHANNES KRAUSE – DGB UND DR. BERND WIEGAND – OBERBÜRGERMEISTER

## PROF. DR. KLAUS HÄNSCH

(PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENT A.D.)

### SMALL TALK

MIT PROF. DR. KLAUS HÄNSCH UND DEN  
KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN FÜR DIE EUROPAWAHL

### 11:30 – 15:00 UHR RAHMENPROGRAMM

DGB-QUIZ MIT ATTRAKTIVEN PREISEN – BAND JOE EIMER & DIE SKRUPELLOSEN  
TRIO STILBRUCH – THEATER – KINDERPROGRAMM MIT DEUTSCHEM CLOWNTHEATER & CLOWNI TONI  
KINDERTANZGRUPPE SAALETEUFEL – SPIEL, SPAß UND BASTELN MIT JUGENDHAUS E.V UND  
WIKIWIKI MAMOKUPONI MIT MOBILEN SPIELPLATZ, SPRUNGBURG  
SIMULTANSCHACH MIT NATIONALSPIELERIN TATJANA MELAMED & CLAUDIA ECKHARDT  
INFORMATIONSLANDSCHAFT MIT GEWERKSCHAFTEN, PARTEIEN UND VEREINEN U.V.M.

FÜR DAS LEIBLICHE WOHL IST GESORGT  
(Änderungen des Programms vorbehalten)

[www.halle-dessau.dgb.de](http://www.halle-dessau.dgb.de)



Auch unsere Partei beteiligt sich wieder an den Mai-Aktionen der Gewerkschaft mit einem Stand.  
Über zahlreichen Zulauf freuen wir uns.



**DIE LINKE.**  
STADTVERBAND HALLE

# Gregor kommt!

**7. Mai 2014, 18.30 Uhr**

Burggraben Moritzburg, Halle (Saale)  
(Vorprogramm ab 17.30 Uhr)

u.a. mit **Gabi Zimmer**

(Mitglied des Europäischen Parlaments)

**[www.dielinke-halle.de](http://www.dielinke-halle.de)**

## Vor 50 Jahren: ein politischer Prozess in Braunschweig – unser Genosse Siegfried Kiel damals auf der Anklagebank.

Der 13. Mai 2014 ist für unseren Genossen Prof. Dr. Siegfried Kiel ein ganz besonderer Tag. Er stand am 13. Mai 1964, also vor genau 50 Jahren, zusammen mit fünf Freunden in Braunschweig vor Gericht. Die Anklage lautete im Kern: „Versuch des staatsgefährdenden Nachrichtendienstes“. Das nachfolgende Gespräch widerspiegelt die Fakten von damals und seine Erinnerungen.

### Linkes Blatt: Wie kam es vor 50 Jahren zu dieser Situation, was war der konkrete Hintergrund?

**Siegfried Kiel:** Vom 16. bis 18. Mai 1964 fand in Berlin das „Deutschlandtreffen der Jugend“ statt. DT 64 wurde damals gegründet. In Vorbereitung dieses Deutschlandtreffens, das als umfassende Begegnung junger Leute aus Ost und West angelegt war, wurden auf der Ebene der damaligen Bezirke „Festkomitees“ gebildet. Mein Freund Alfred Faust aus Hettstedt und ich (damals ABF-Dozent für Chemie und FDJ-Sekretär an der Universität Halle) gehörten zum Bezirksfestkomitee Halle. In dieser Eigenschaft fuhren wir damals – es war der 14. April 1964 – in die BRD mit dem Ziel, Jugendliche – über ihre Organisationen – zum großen Jugendtreffen nach Berlin einzuladen. Wir hatten elf Briefe bei uns mit den entsprechenden Einladungen.

### Linkes Blatt: Und dieser Fakt reichte, um euch zu inhaftieren?

**Siegfried Kiel:** Genauso war es. Man wurde wie ein Krimineller behandelt. Nie werde ich die Nacht vom 14. zum 15. April vergessen. In der Zelle im Helmstedter Gefängnis gab es eine blank geschabte Bettpritsche und einige unangenehm riechende Decken. Das war alles. In der Frühe ging es zum ersten Verhör. Bisher hatte uns niemand gesagt, weshalb wir aus dem Zug geholt und verhaftet wurden. Nun wurde uns gesagt, wir hätten versucht, verbotene Verbindungen aufzunehmen und die verbotene FDJ zu fördern. Es wurde Haftbefehl erlassen und ich ging ab in das Gefängnis nach Braunschweig, Rennelbergstraße 10. Die Zelle 66 im Haus III wurde nun mein Domizil, natürlich in strenger Einzelhaft.



„So, nun hau ab, wir brauchen die Zelle für einen von der FDJ.“

Nun ein Detail aus jenen Wochen: Eines Morgens kreisten Hubschrauber über dem Gefängnis. Sie hielten, wie ich später erfuhr, Ausschau nach einem gewissen Zech-Nenttwich<sup>ii</sup>. Dieser Mann, der eine Etage unter meiner Zelle saß, war ein zu vier Jahren wegen Mordes an Juden verurteilter ehemaliger „Obersturmführer“. Er wurde geräuschlos aus dem Gefängnis geholt, während man uns umso sicherer einschloss.

Das muss man nicht kommentieren.

**Linkes Blatt: Dann kam es zu eurem Prozess und ihr erhaltet vorher, wie sich das so gehört, eine „Anklageschrift“. Kannst Du etwas zur Anklage sagen?**

**Siegfried Kiel:** Sie umfasste fünf Seiten, war von dem damaligen ersten Oberstaatsanwalt Dr. Thiele unterzeichnet und unterstellte uns die Absicht, mit der Übergabe der elf Einladungsschreiben des Vorsitzenden des Bezirksfestkomitees Halle, den damit verbundenen persönlichen Gesprächen und den Informationen darüber zu Hause „den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen und die in § 88 StGB bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben...“.

Es habe, so weiter die Unterstellung, die Absicht bestanden, „für die Freie Deutsche Jugend (FDJ) ... Nachrichten über Vereinigungen und Personen, die sich im räumlichen Geltungsbereich des Strafgesetzbuches befinden, zu sammeln“. Dazu kann man nur sagen: Welchein Unsinn, welche Unterstellung.

**Linkes Blatt: Dann kam es also am 13. Mai 1964 vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Braunschweig zum Prozess.**

**Siegfried Kiel:** Ja, aber man muss dazusagen, dass es vor diesem Termin eine breite Bewegung in Ost und West gab, in der unsere Freilassung gefordert wurde. Allein im damaligen Bezirk Halle protestierten 315.000 Bürgerinnen und Bürger gegen unsere Inhaftierung. Wenige Tage nach unserer Einsperrung gab es vor der Humboldt-Universität zu Berlin eine Protestkundgebung mit 8000 jungen Leuten. Es gab Proteste seitens internationaler Organisationen und bekannter Einzelpersonlichkeiten. So wurde an der Universität Halle unter dem Vorsitz des damals bekannten Juristen Prof. Dr. Arthur Wegner ein Freilassungskomitee gegründet, welches (ist mir fast peinlich, dies zu sagen) meinen Namen trug. Ich war mir ziemlich sicher, dass die breite Bewegung für unsere Freilassung – dazu zählten auch die Aktivitäten nicht weniger Bürger von Braunschweig vor dem und in dem Gerichtsgebäude – dazu führen wird, uns frei zu lassen.



(So erklärt sich auch ein Bild von uns auf der Anklagebank, das uns sozusagen in guter Stimmung zeigt.)

Auf der Anklagebank: (v.l.n.r.) Gerhard Mendl, Werner Micke, Siegfried Kiel, Alfred Faust, Helmut Ulrich, Horst Wilde, Verteidiger Karl-Heinz Nölke (NBI, Nr. 21/66)

**Linkes Blatt: Die Anklage brach bekanntlich zusammen, man musste euch aus dem Gefängnis entlassen. Gab es dazu irgendwelche „Begründungen“?**

**Siegfried Kiel:** Um offensichtlich ein wenig das Gesicht zu wahren, wurden nach meiner Erinnerung zwei Punkte genannt. Erstens müsse man den Angeklagten zugestehen, dass sie noch relativ jung seien. Und zweitens spreche die „Geringfügigkeit“ in der Sache dafür, das juristische Verfahren einzustellen und uns frei zu lassen.

In Wirklichkeit war es der gewaltige Proteststurm im In- und Ausland, der unsere Freilassung erzwang. Viele bewegende Bilder rund um das Prozessgeschehen, dann endlich wieder zu Hause und schließlich doch noch in Berlin zum Deutschlandtreffen, an dem laut Presseinformationen 560.000 Teilnehmer dabei waren, bleiben fest in meiner Erinnerung.

Eine abschließende Bemerkung sei mir gestattet:

Man könnte sagen, es war damals Kalter Krieg. Aber junge Leute zu verhaften und ihnen den Prozess zu machen, nur weil sie zu einem großen Jugendtreffen einladen wollten, das verstehe wer will.

Politisch motiviertes Unrecht bleibt meines Erachtens Unrecht, auch wenn es schon vor 50 Jahren geschah und gleich von welcher Seite es ausgeübt wird.



Siegfried auf dem Empfang vor dem Hauptgebäude der Universität Halle (Saale):

"Ich habe hier meinen Entlassungsschein, den will ich euch mal zeigen."

"Pfingsten in Berlin":

Siegfried Kiel und die anderen fünf Freunde sind Ehrengäste des Deutschlandtreffens der Jugend.

Auf der Ehrentribüne erlebt Siegfried Kiel die große Demonstration der Jugend der DDR und der westdeutschen und Westberliner Jugendlichen.

Er ist Gast zahlreicher Veranstaltungen.

<sup>i</sup>**DT64** wurde zum DeutschlandTreffen der Jugend 1964 in Ost-Berlin als „Sonderstudio Deutschlandtreffen 1964“ ins Leben gerufen. Dieses strahlte im Mai 1964 99 Stunden ohne Unterbrechung für die Teilnehmer des Treffens ein Programm mit internationaler Musik und mit hohem Live-Anteil aus. Später übernahm der Berliner Rundfunk für die ganze DDR auf Mittelwelle und UKW das „Jugendstudio DT64“. Es war das erste Radioprogramm der DDR, das sich gezielt an „die Jugend“ richtete.

<sup>ii</sup>**Joachim Hans-Walter Zech-Nenntwich** (eigentlich **Hans-Walter Nenntwich**; \* 10. Juni 1916 in Thorn), Decknamen Hermann Böttcher oder Dr. Sven Joachim Nansen, war ein deutscher Kriegsverbrecher, Agent und Unternehmer. Während der Zeit des Nationalsozialismus gehörte er der SS an, wechselte 1943 die Seiten und wurde als Agent für den britischen Geheimdienst tätig. 1964 wurde er wegen Beihilfe zum Mord während des Zweiten Weltkriegs zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht bezeichnete ihn als „zwielfältige Persönlichkeit mit abenteuerlicher Vergangenheit“. Nur einen Tag nach dem Urteilspruch konnte er mit der Hilfe von Komplizen aus dem Gefängnis entkommen, stellte sich aber nach wenigen Monaten der deutschen Justiz. Nachdem sowohl die beiden Prozesse wie auch die Flucht national und international Aufsehen erregt hatten, fehlen Berichte über die Entlassung von Zech-Nenntwich aus der Haft und sein Leben danach. Lediglich das Neue Deutschland berichtete 1979, dass Zech-Nenntwich als „honoriger Bürger“ in Remagen lebe und „enge Kontakte“ zu den Behörden der Stadt und der Polizei pflege. (Quelle: wikipedia.org)

Nach der Freilassung am 13.05.1964 (v.l.n.r. Gerhard Mendl, Horst Wilde, Siegfried Kiel, Werner Micke, Helmut Ulrich, Alfred Faust)



(Foto: Junge Welt – Bild/Eckebrecht)

Die Redaktion des Linken Blattes bedankt sich bei Professor Kiel für das aufschlussreiche Interview.



## In Berlin – und (H)alle dabei – Kolumne von Dr. Petra Sitte

Auch in Halle und Umgebung gibt es eine große Anzahl an Geburtshäusern und Hebammenpraxen, die sich um die Vor- und Nachsorge bei werdenden Eltern kümmern und es ihnen so ermöglichen, ihren Nachwuchs in dem Umfeld zur Welt zu bringen, das sie sich dafür wünschen. Das ist toll und überaus unterstützenswert. Doch der Beruf ist – in den vergangenen Wochen war es medial recht präsent – stark gefährdet. Und auch wenn das öffentliche Interesse nun schon wieder spürbar abgenommen hat: Die wichtigsten Fragen bleiben weiterhin ungeklärt.

Doch worum geht es genau? Die aktuelle Debatte drehte sich hauptsächlich um die Frage der Berufshaftpflichtversicherung für Hebammen, die verständlicherweise für alle praktizierenden Hebammen verpflichtend ist. Diese ist in den vergangenen Jahren immer teurer geworden und beträgt ab Juli 2014 etwa 5000 Euro im Jahr – wohlgemerkt für diese eine Versicherung, die von den allermeisten Hebammen zum Glück nie in Anspruch genommen werden muss. Damit ist die Haftpflichtversicherung mittlerweile so kostspielig, dass das wirtschaftliche Überleben der Hebammen bedroht ist. In Halle ist die Versorgungslage, soweit ich das einschätzen kann, noch recht komfortabel. Aber gerade im ländlichen Raum und in teureren Großstädten gibt es schon jetzt eine Unterversorgung; immer mehr Familien haben große Schwierigkeiten, eine Hebamme für die Geburtshilfe und die Wochenbettbetreuung zu finden.

Doch auch der schon jetzt horrende Beitrag hat den Versicherungsunternehmen nicht gereicht: Der Gruppenversicherungstarif, der bisher über den Deutschen Hebammenverband angeboten wird, sollte nicht verlängert werden. Da es für die einzelne Hebamme faktisch unmöglich ist, eine für sie bezahlbare Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen, bedeutete diese Ankündigung im Prinzip die Abwicklung eines ganzen Berufsstandes.

Der öffentliche Druck und die mediale Aufmerksamkeit haben jetzt zumindest kurzfristig zu einer Lösung geführt: bis Ende 2015 wird es eine Gruppenversicherung geben. Allerdings werden die Beiträge nochmals um 20 Prozent auf dann etwa 6000 Euro pro Jahr (!) steigen. Und wie es danach weitergehen soll, ist völlig ungewiss.

Es müssen also andere, langfristige Lösungen her. DIE LINKE hat bereits in der vergangenen Wahlperiode (im Jahr 2010) einen Gesetzesantrag im Bundestag eingereicht, der das Ziel hatte, die Versorgung durch Hebammen und Entbindungspfleger\_innen sicherzustellen. Dort haben wir unter anderem die Problematik

der dramatisch gestiegenen Haftpflichtprämien thematisiert.

Leider ist es uns damals nicht gelungen, die Regierungsfractionen CDU/CSU und FDP davon zu überzeugen, diesem Antrag zu zustimmen; auch die anderen Oppositionsfractionen (SPD und B90/Grüne) haben nicht zugestimmt. Die Haltung der damaligen und jetzigen Regierung besteht vornehmlich aus Tatenlosigkeit getreu dem Motto: „Der Markt wird’s schon richten.“

Macht er aber nicht. Statt sich auf solche Floskeln zu verlassen, sollten auch die anderen Parteien endlich erkennen, dass Hebammen und andere Heil- und Pflegeberufe schützenswert sind und nicht einer Ökonomisierung des Gesundheitswesens geopfert werden dürfen. Deshalb fordern wir weiterhin einen staatlichen Haftungsfonds [<http://linksfraktion.de/nachrichten/haftungsfonds-hebammen-schaffen/>]. Damit wollen wir einerseits die Unabhängigkeit der Hebammen gegenüber privaten Versicherungen erhöhen und andererseits die Versorgung mit Hebammen auch in weniger stark besiedelten Gebieten sicherstellen.

Da bisher kein Engagement der Bundesregierung, jenseits von „Prüfungen“, zu sehen war, nehmen wir alle Möglichkeiten als Oppositionsfraction wahr. Weil wir davon überzeugt sind, dass es nicht richtig sein kann, einem ganzen Berufsstand qualifizierter und hochmotivierter Hebammen und Entbindungspfleger die Existenz zu nehmen. Die Möglichkeiten unserer Fraktion bestehen neben den Gesprächen mit Hebammen und ihren Verbänden in parlamentarischen Initiativen. Eine „Kleine Anfrage“ zur derzeitigen Problematik der Hebammen wurde der Bundesregierung bereits gestellt. Sie umfasste 40 Fragen, auf die die Regierung schriftlich antworten musste. Die Antworten finden sich auf der Homepage unserer Fraktion ([www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)) und können nun unter anderem verwendet werden, um den politischen Druck auf die Entscheidungsträger zu erhöhen.

Diesbezüglich gibt es durchaus einige Ansatzpunkte: So hat die Regierung zugegeben, weder die Zahl der Betroffenen noch deren Einkommenssituation zu kennen. Auch über die Zahl und die Höhe der tatsächlichen Schadensfälle ist die Regierung nicht informiert. Dennoch sieht sie keinen Anlass, die Prämienkalkulation der Versicherer kritisch zu prüfen. Auch über mögliche Alternativen zur privatwirtschaftlichen Versicherung der Hebammen will sich die Bundesregierung lieber nicht äußern: „Das wird in die Prüfung einbezogen“, heißt es lapidar. Die vier Jahre, die seit unserem Antrag

zur Schaffung eines Haftungsfonds vergangen sind, waren für die „Familien- und Zukunftspartei“ CDU offenbar nicht genug.

Diese kurz beschriebenen parlamentarischen Möglichkeiten der Einflussnahme ersetzen natürlich keine

öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Demos oder Petitionen. Für einen langfristigen und bezahlbaren Versicherungsschutz für alle Hebammen wird anhaltender öffentlicher Druck nötig sein, den wir als Fraktion unterstützen, wo es geht – in Halle und anderswo.

## **Für echte Strom- und Mietpreisbremsen!**

Die Lebenshaltungskosten steigen und steigen.

Besonders die „zweite Miete“, die Nebenkosten, wird für immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher zum Problem. Seit dem Jahr 2000 haben sich die Preise für Strom und Gas verdoppelt. Auch die Heizkosten explodieren. Heizöl ist zwischen 2002 und 2012 sogar um 150 Prozent teurer geworden. Besonders in mittleren und großen Städten kommt noch das Problem steigender Mieten hinzu. Steigerungen bei bestehenden Mietverhältnissen zwischen 20 und 30 Prozent in wenigen Jahre sind keine Seltenheit.

Die Bundesregierung sollte alarmiert sein. Doch weder die im Wahlkampf versprochene Strompreisdämpfung noch eine wirkungsvolle Mietpreisbremse werden kommen. Im Gegenteil. Geht es nach Wirtschaftsminister Gabriel werden die Strompreise für die Haushalte weiter steigen. Denn der sozialdemokratische Wirtschaftsminister hat dafür gesorgt, dass auch weiterhin zahlreiche große Unternehmen von der Ökostromumlage ganz oder teilweise befreit werden. Die über 5 Milliarden Euro Milliarden, die die Industrie damit spart, zahlen am Ende die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die kleineren Unternehmen über ihre Stromrechnung. Am Ende zahlt die Rentnerin dann die Stromrechnung für Vattenfall – das ist schlichtweg ungerecht!

Bei den Mieten gibt es – immerhin – den Vorschlag für eine Mietpreisbremse, die Justizminister Heiko Maas kürzlich ankündigte. Doch hier steckt der Teufel im Detail. Bei Neuvermietung soll die Miete nicht über 10 Prozent der ortsüblichen Miete steigen. Die ortsübliche Vergleichsmiete ergibt sich aber aus dem Mietspiegel. Der ist in seiner bisherigen Form aber ein Mietteuerungsspiegel und wird den Mietenanstieg aber nicht stoppen. Schlimmer noch: Die Mietpreisbremse soll nur gelten, wenn die Länder es wollen. Und ob zukünftig Städten wie München oder Frankfurt am Main, wo die Mieten besonders hoch sind und die Union in der Landesregierung sitzt, eine Mietpreisbremse gilt,

steht in den Sternen.

DIE LINKE hat zahlreiche Alternativen. Zur Senkung der Strompreise haben wir ein ganzes Maßnahmenpaket vorgelegt. Neben der Abschaffung der ungegerechtfertigten Industrierabatte fordern wir die Senkung der Stromsteuer, die Wiedereinführung der Strompreisaufsicht und die Einführung von Energiewendefonds. Damit würde ein durchschnittlicher Familienhaushalt im Jahr 185 Euro Stromkosten sparen ohne dass die Energiewende gefährdet wird. Außerdem setzen wir uns für eine echte Mietpreisbremse ein: Mieten dürfen nicht nur aufgrund von Wiedervermietung steigen, wenn sich der Wohnwert nicht verbessert und auch sonst nur innerhalb des Inflationsausgleichs. Wir als LINKE finden: Sowohl die erste als auch die zweite Miete muss bezahlbar bleiben!

Caren Lay, stellvertretende Fraktions- und Parteivorsitzende DIE LINKE

**8. Mai, 17 Uhr,**

Gedenkveranstaltung  
zum 69. Jahrestag der Befreiung  
vom Hitlerfaschismus  
an den Grabstätten der Sowjetsoldaten  
auf dem **Südfriedhof/ Huttenstraße**

**10. Mai, 18 Uhr,**

**Weiberwirtschaft, K.-Liebknecht-Str.,**  
Filmabend mit Diskussion nach dem  
Film von Roman Polanski „Der Pianist“.  
Interessenten sind zur Vorstellung  
und zum Gespräch herzlich eingeladen.  
Moderation: Hajo Gunkel

**21. Mai, 17 Uhr,**

Der Gesprächskreis  
Gesellschaftskonzeptionen  
diskutiert über den Wahlkampf  
zur Europa- und Kommunalwahl.

### **Linkes Blatt**

#### **Impressum:**

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de  
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - tägig  
Auflage: 400 Exemplare

#### **Spendeerbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:  
24.04.2014  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 07.05.2014

## Euro-Kritik von rechts:

### Die Alternative für Deutschland (AfD)

#### Auf einen Blick:

Die Alternative für Deutschland (AfD) hat sich im Frühjahr 2013 gegründet. Bei der Bundestagswahl 2013 hat sie 4,7 Prozent erreicht. Sie ist eine rechte Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise.

Ein Großteil des führenden Personals stammt aus den rechtskonservativen Flügeln von CDU und CSU. In Führungspositionen der Partei sind meist Leute mit hohem Einkommen und gesellschaftlichem Einfluss, z.B. Hans-Olaf Henkel, ehemaliger Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, und Beatrix von Storch, geborene Herzogin von Oldenburg und Vertreterin des rechtskonservativen Bürgertums. Aus diesen Kreisen hat die AfD hohe Spenden und Darlehen erhalten. Im Bundestagswahlkampf verfügte sie über 2,3 Millionen Euro.

Die AfD stellt sich als »sachorientierte« und »ideologiefreie« Partei der Volkswirtschaftsprofessoren dar. Das ist falsch, denn sie vertreten eine ganz bestimmte, marktradikale Sichtweise, die nicht weniger ideologisch ist.

Die AfD kritisiert den Sozialstaat und wertet Erwerbslose, Muslime und Homosexuelle ab. Sie mobilisiert gegen Gewerkschaften, Erwerbslose und Vertreterinnen und Vertreter von Umverteilungspolitik.

»[Der] Großstadtjüngliche[...] aus Hartz-IV-Milieu, männlichen Geschlechts, türkischer Herkunft und muslimischen Glaubens[...] für die deutsche, pädagogisch hochambitionierte Betreuungsindustrie. Da er sich schwertut mit dem Lernen, aber gern zusticht, wenn ihm irgendetwas nicht passt, liegt er bei den Schulabschlüssen am unteren, in der Kriminalstatistik am oberen Ende der Skala: ein ziemlich hoffnungsloser Fall, aber gerade so, als mehrfach geschädigtes Opfer der Gesellschaft, der ideale Zuwendungsempfänger.«

Konrad Adam, Mitbegründer und Sprecher der AfD, Merkur 08/2011

#### Falsche Krisenanalyse:

Die gegenwärtige Krise ist für die AfD keine Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern lediglich eine Euro- und Staatsschuldenkrise. Als wesentliche

### Hintergründe zum Freihandelsabkommen TTIP

Seit Sommer 2013 laufen Verhandlungen zur Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) mit dem Ziel, eine umfassende Liberalisierung des internationalen Handels durchzusetzen. TTIP ist die Antwort der Wirtschaft in EU und USA auf neue starke Wettbewerber, die alte Vormachtstellungen gefährden und auch die Legitimität heutiger neoliberaler Wirtschafts- und Handelspolitik in Frage stellen. Die Partei DIE LINKE hat eine Aktionshomepage gegen TTIP. Dort gibt es u. a. Unterschriftenlisten zum Download.

Die Bundestagsfraktion hat eine Broschüre „TTIP stoppen! Geheimes Handelsabkommen bedroht unsere Demokratie“ veröffentlicht, die sich mit der Geheimniskrämerei bei den TTIP-Verhandlungen und den Auswirkungen des Freihandels beschäftigt.

Das Rosa-Luxemburg-Stiftungs-Büro Brüssel hat die lesenswerte Broschüre „Freihandel. Projekt der Mächtigen“ von Ulrike Herrmann veröffentlicht. Sie beschreibt vor allem die Hintergründe der Ideologie des Freihandels. Ihr Fazit: „Die eigentliche Gefahr von TTIP liegt im Versuch der Wirtschafts-Lobbyisten, undemokratische Verfahren zu etablieren, die den Unternehmen enormen Einfluss einräumen würden – auf zwei Kontinenten und damit weltweit.“

Beide Broschüren ergänzen sich gut und sind für die Bildungsarbeit sehr gut nutzbar.

Ursache werden die verfehlten Wirtschafts- und Haushaltspolitiken anderer EU-Mitgliedsstaaten gesehen. Zentral ist in diesem Zusammenhang die Forderung nach so genannter »nationaler Haushaltsdisziplin«. Im Klartext würde das bedeuten: Arbeitsmärkte weiter deregulieren, Sozialleistungen kürzen und öffentliche Daseinsfürsorge privatisieren. Das ist falsch. Austeritäts- und Kürzungspolitik in den betroffenen Ländern werden die Probleme nicht lösen, sondern die Krisen verschärfen.

### **Sündenböcke anbieten statt über gesellschaftliche Zusammenhänge aufklären:**

Die AfD macht die angeblich faulen Griechen, Spanier oder Portugiesen und ihr falsches Verhalten für die Krise verantwortlich. Damit bietet sie einfache Sündenböcke an. Die Partei kritisiert nicht den Kapitalismus oder die Politik der Unternehmen, sondern unterstützt vor allem klein- und mittelständische Unternehmen, die von der Export-Strategie der Bundesregierung nicht profitieren.

### **Zurück zum Nationalstaat:**

Die AfD will Entscheidungskompetenzen von der europäischen Ebene auf die nationalen Parlamente zurückführen. In diesem Sinne tritt die Partei für die »Souveränität der Staaten« ein. Allerdings tritt sie dabei nicht für eine sozialere Politik im Nationalstaat ein – anders als DIE LINKE, die im Nationalstaat wie in Europa für soziale Gerechtigkeit kämpft.

### **Kürzungspolitik gegen sozialstaatliche Errungenschaften:**

Die AfD fordert eine Politik des Schuldenabbaus. Dies soll aber nicht durch eine veränderte Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik geschehen, die auf eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten zielt. Die AfD steht für die Kürzung sozialstaatlicher Leistungen und die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen.

### **Sozialdarwinismus und antimuslimischer Rassismus:**

Die AfD verbindet die Kritik am Sozialstaat mit Angriffen auf Muslime. Sie beteiligt sich vor Ort an Mobilisierungen gegen Moscheen und will die Europäische Union als »christlich-abendländische Tradition« verstanden wissen. Ihre Gleichsetzungen von Muslimen mit »gewaltbereit« und »schlecht gebildet« sind rassistisch. Die AfD macht Stimmung gegen die »Zuwanderung in die Sozialsysteme«, die von wenig gebildeten innereuropäischen Migrantinnen und Migranten zu befürchten wäre. Das ist falsch, denn rund 90 Prozent der Einwanderer etwa aus Bulgarien und Rumänien beantragen keine Sozialleistungen wie ALG II. Die Sozialsysteme werden viel mehr von mangelnden Steuer- und Beitragseinnahmen gefährdet und durch die Kürzungspolitik ausgehöhlt.

»Wenn der Satz ›Der Islam gehört zu Deutschland«

[...] als eine implizite Bejahung des Islams in Deutschland gemeint ist, ist er falsch und töricht, weil er sich pauschal und undifferenziert zu einem komplexen Phänomen äußert, das viele unterschiedliche Strömungen und Aspekte umfasst. Was zu Deutschland gehört, muss präzise benannt werden und sollte von Deutschland her betrachtet werden«. Bernd Lucke, Sprecher der AfD in seinen Thesen über den Islam vom 1.11.2014

### **Demokratiefeindlich:**

Die AfD (Hans Olaf Henkel) setzt sich für Verfassungsänderungen ein, sodass verschiedene Ämter – z.B. Bundeskanzler und Bundespräsident – direkt gewählt und deren Kompetenzen dann erweitert werden. Sie wollen die Rollen der Parteien, auch der parteinahen Stiftungen schwächen. Das würde den Einfluss der Wirtschaft auf die Meinungsbildung verstärken. Hermann Behrendt, Vorstandsmitglied der AfD in Nordrhein-Westfalen, schlägt vor, auf ein Parlament zu verzichten und Gesetze durch die Regierung zu erlassen. Das nennt sich dann »mandative« statt »parlamentarische« Demokratie. Das Vorstandsmitglied der AfD Konrad Adam dachte schon vor einigen Jahren darüber nach, »Inaktiven« und »Versorgungsempfängern« das Wahlrecht abzuerkennen. Er bewegt sich damit in einer rechts-neoliberalen Tradition, die bis auf den Urvater des Neoliberalismus, Friedrich A. v. Hayek, zurückgeht.

### **»Man wird doch noch fragen dürfen«:**

Die AfD nimmt oft für sich in Anspruch, nur Fragen zu stellen oder Probleme »ergebnisoffen« diskutieren zu wollen. Sie will damit Kritik, sie würde rechte Positionen bedienen, erschweren. Ähnlich wie Thilo Sarrazin vermittelt sie den Eindruck, von den Medien schlecht behandelt zu werden. Fakt ist, dass oftmals rechte Worte wie »Entartung«, »Bodensatz [der Gesellschaft]« oder »Degeneration« in Äußerungen eingebunden werden. Die AfD veröffentlicht oft in der Jungen Freiheit, einer neu-rechten Wochenzeitung. Sie richtet sich gegen Feminismus und gegen den »Gender-Wahn«. Sie befürwortet Atomenergie und stellt sich gegen die Energiewende. Sie stellt sich gegen den Sozialstaat, ist marktradikal und Solidarität mit den Ausgegrenzten ist ihr fremd.

Die AfD ist eine rechte Partei.

**Wir sind DIE LINKE!**